

Deutschlands internationale Verantwortung und die EU

von Botschafter a.D. Dr. Dietrich von Kyaw, Präsidiumsmitglied der Europa-Union Deutschland

Seit Beginn des europäischen Einigungsprozesses steht Deutschland in dessen Zentrum! Es geht um Frieden und dauerhafte Aussöhnung, um die Einhegung und damit nachbarschaftsverträgliche Entfaltung des deutschen Potentials, um die Wahrung gemeinsamer Interessen angesichts transnationaler Herausforderungen durch Globalisierung, neue Machtzentren in einer multipolaren Welt, Radikalisierung des Islam, Staatenverfall, Flüchtlingsströme, illegale Einwanderung und Klimawandel.

Einmalig günstige Lage nach 1989

Die „Wende“ von 1989 war auch ein Erfolg der Westorientierung der Bonner Republik. Mit ihm kehrte jedoch die „deutsche Frage“ wieder auf die Tagesordnung zurück. Europäische Partner waren besorgt über die durch das vergrößerte Deutschland veränderte Machtbalance. Mit dem Vertrag von Maastricht gelang die Verwirklichung einer Vision: Vertiefte europäische Integration über einen echten Binnenmarkt mit gemeinsamer Währung.

Dies alles erbrachte zugleich die Verhinderung der bis dahin zum Nachteil deutscher Exporte üblichen kompetitiven Abwertungen der Währungen wichtiger europäischer Handelspartner sowie die Ausdehnung des Binnenmarktes nach Mittel- und Osteuropa zur Stabilisierung des strategisch wichtigen Raumes östlich der Oder wie zur Förderung unserer Wirtschaftsinteressen. Die „Politische Union“ blieb allerdings unvollendet. Der als Ersatz für unzureichende Koordinierung nationaler Wirtschaftspolitiken vereinbarte Stabilitätspakt wurde 2003 ausgerechnet von Deutschland unterminiert, was sich bald rächen sollte.

Als Folge der Wiedervereinigung und der Osterweiterung der EU ergab sich eine einmalig günstige wirtschaftliche wie strategische Lage, wie sie Deutschland zuvor noch nie erleben durfte. Frieden, Sicherheit, Wohlstand und wechselseitige vorteilhafte Verflechtungen mit den Nachbarn und Partnern schienen gesichert.

Krise und Krisenfolgen seit 2008

Seither jedoch entwickelten sich weltweit durch die Globalisierung multipolare Interdependenzen mit neuen Wettbewerbern und Machtzentren. Die 2008 von den USA ausgelöste Finanzkrise führte zu großer Verunsicherung der Märkte und zu krisenhaften Auswirkungen auf den EU-Finanzsektor wegen hoher Staatsverschuldung und unterlassener Strukturreformen zum Nachteil von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit durch solche EU-Mitgliedstaaten, die sich auf den Niedrigzinsen des Euroraumes ausgeruht hatten. Darunter leidet auch das für die EU entscheidende deutsch-französische Verhältnis. Während Deutschland ein Gewinner der Globalisierung ist, sieht sich Frankreich eher als schutzbedürftigen Verlierer.

Bei der Überwindung der Finanzkrise konnten beachtliche Fortschritte erzielt und das Vertrauen der Finanzmärkte zurückgewonnen werden. Haushaltsdefizite, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung bleiben jedoch noch zu hoch, das Wirtschaftswachstum zu schwach und die Koordinierung nationaler Wirtschaftspolitiken unzureichend. Die Herausforderung besteht darin, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, ohne die Finanzstabilität zu gefährden und Strukturreformen zu vernachlässigen. Kommission und Europäische Investitionsbank versuchen derzeit, mit Hilfe eines Sonderfonds über 21 Milliarden Euro insgesamt 315 Milliarden Euro privaten Geldes zu mobilisieren für Investitionen in Bildung, Forschung, Digitalisierung, Energie und Infrastruktur durch vornehmlich kleine und mittlere Unternehmen.

Hauptproblem sind heute nicht mehr Irland, Portugal und Spanien sondern Griechenland, sowie Italien und Frankreich. Sie tun sich schwer damit, ihre Sozialsysteme und Arbeitsmärkte zu

reformieren, ihre Staatshaushalte auszugleichen und das Vertrauen der Investoren zurückzugewinnen. Eine Schwäche der EU liegt ferner in der überdehnten Anwendung verbindlicher Übereinkommen. Das begann 2003 mit der von der damaligen Bundesregierung durchgesetzten „Flexibilisierung“ des Stabilitätspaktes wegen „außergewöhnlicher Umstände“. Heute nutzen Griechenland, Frankreich, Italien und Belgien diese Möglichkeit.

Auch die Europäische Zentralbank (EZB) versucht Wirtschaftswachstum und Beschäftigung mit einer Politik der „quantitativen Lockerung“ durch den Ankauf von risikobehafteten Staatsanleihen und Pfandbriefen entgegenzuwirken. Zusammen mit dem Exporte fördernden sinkenden Eurokurs sowie dem niedrigen Ölpreis führt dies auch zu höherem jedoch nicht unbedingt nachhaltigem Wirtschaftswachstum. Billiges Geld verführt dazu, für verbesserte Investitionsbedingungen notwendige Reformen aufzuschieben. Die Mitgliedstaaten bleiben gefordert, für vertrauensschaffende finanzpolitische Stabilität und mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen zu sorgen. Das gilt auch für Deutschland. Es sollte sich nicht auf den Schröderschen Reformmaßnahmen ausruhen, vielmehr Investitionen fördern oder etwa die Progression bei der Einkommenssteuer im unteren und mittleren Bereich abbauen.

Was Griechenland betrifft so bleibt das Land trotz aller Radikalität der Regierung Tsipras auf die Mitgliedschaft im Euro-Verbund angewiesen. Dass diese Mitgliedschaft andauert, liegt zugleich im strategischen Interesse der EU. Der Fehler der Aufnahme Griechenlands in die Währungsunion - auch dieser begangen unter Rot-Grün – lässt sich nicht mehr einfach korrigieren. Ein „Grexit“ wäre nicht nur riskant und für alle teuer sondern würde zugleich Moskau in dem Krisenbogen, der von der Ukraine über den Balkan bis Nahost reicht, in die Hände spielen. Jedoch muss sich Griechenland als Bedingung für weitere Unterstützung reformieren. Hilfe ohne Selbsthilfe ist Geldverschwendung und würde nur noch die reformmüden Kräfte in der EU ermutigen. Wie es weitergeht hängt vor allem von Athen ab.

Radikale Tendenzen

Die Ausstrahlungskraft und „soft power“ der EU beruht auf der Stärke ihrer sozialen Marktwirtschaft sowie generell auf ihrem Wertesystem. Für alle EU-Bürger gibt es eine verbindliche Grundrechtecharta. Einige neuere Mitglieder haben noch Schwierigkeiten bei deren Einhaltung.

Die letzten Wahlen zum Europäischen Parlament haben eine positive wegweisende Verbindung zur Bestimmung des Kommissionspräsidenten bewirkt. Damit wurde die demokratische Legitimierung und Parlamentarisierung europäischer Politik gefördert, die Rolle der Kommission als „Wahrer des europäischen Interesses“ wie als „Motor der Integration“ gegenüber den nationalen Regierungen gestärkt. Da im Europäischen Parlament zugleich die euroskeptischen Kräfte gewachsen sind, hat sich gegen sie die proeuropäische Mehrheit organisiert und den Schaden in Grenzen gehalten. Jedoch wachsen auch in Mitgliedstaaten radikale Tendenzen. Die EU-Kommission als Hüterin der Verträge wird nicht nur gegenüber Orbans Ungarn oder manchem Balkanstaat darauf zu achten haben, dass die EU eine Wertegemeinschaft bleibt.

Globale Interessen der Europäer

Heute geht es bei der Einigung Europas auch darum, unsere gemeinsamen Interessen in der Globalisierung gegenüber neuen Wettbewerbern zu behaupten. Die EU muss innovativer und wettbewerbsfähiger werden, wir müssen ihre Rolle in denjenigen Feldern stärken, in denen der traditionelle Nationalstaat seine alleinige Problemlösungsfähigkeit eingebüsst hat. Das gilt für Handel, Wirtschaft, Finanzen und Währung, bei Infrastruktur, Klima und der Umwelt, bei der Einwanderungs- und Energiepolitik sowie der Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU ist zum Scharnier zwischen globalen Herausforderungen und überforderten Nationalstaaten geworden. Zugleich bleibt sie unsere Rückversicherung. Wir mögen heute so viele Autos nach China wie in

der EU verkaufen. Dennoch ist in Krisenzeiten der EU-Binnenmarkt der einzige, der uns vor Protektionismus und Abwertungen zu unseren Lasten bewahrt.

Wir haben auch die transatlantische Partnerschaft durch positive Verhandlungen um TTIP, das bilaterale Freihandels- und Investitionsabkommen der EU mit den USA, wie um CETA, das Abkommen mit Kanada, zu fördern und dies in aller interessenbezogenen Nüchternheit. Das gebieten der globale Wettbewerb wie die Blockade der multilateralen WTO-Handelsverhandlungen der Doha-Runde durch Schwellenländer.

Die Debatte zu beiden Abkommen konzentriert sich bei uns auf von Globalisierungsängsten, Antiamerikanismus und Kapitalismuskritik geschürte und maßlos übertriebene Vorbehalte wegen angeblicher Bedrohung von Konsumer-, Arbeits-, Gesundheits- und Datenschutzstandards, der kommunalen Daseinsvorsorge sowie einer objektiven Rechtsprechung beim Investitionsschutz. Diese organisierte Kampagne läuft in einem Land, in dem jeder vierte Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Welthandel abhängt. Sie ersetzt Fakten durch Ideologie und schürt Ängste. So ist etwa die Ablehnung unparteiischer Schiedsgerichte nur möglich, wenn man die unterschiedlichen Rechtsstandards übersieht, die selbst zwischen westlichen Systemen bestehen, die jahrelangen Verfahrensverzögerungen durch ordentliche Gerichte auch in USA und EU und vor allem die negative Präzedenzwirkung auf die vielen Staaten ohne unabhängige Justiz.

Die Verhandlungen bieten die Gelegenheit, insbesondere im Interesse unserer mittelständischen Exportindustrie modernere Standards einschließlich der Verhinderung von Missbrauch und Umgehung auszuhandeln. Bei der geforderten Verfahrenstransparenz geht die EU-Kommission inzwischen mit gutem Beispiel voran. Beide Abkommen würden durch den Abbau von Zöllen und technischen Handelsbarrieren sowie eine engere regulatorische Zusammenarbeit Wirtschaftswachstum und Beschäftigung fördern. Sie wären von großer geopolitischer Bedeutung, weil sie Nordamerika mit der EU in einem großen Wirtschaftsraum mit einem Welthandelsanteil von über 50 Prozent verflechten würden. Und sie würden ihnen ermöglichen, in unserer inzwischen multipolaren Welt trotz des Machtzuwachses von Schwellenländern wie China und Indien auch für die Zukunft im internationalen Handel die Regeln und Standards wesentlich zu bestimmen. Während die USA bereits erfolgreich in Richtung Pazifik verhandeln, wäre ein Scheitern von TTIP ein Beitrag zur Selbstmarginalisierung und Fremdbestimmung Europas.

Aufkündigung der europäischen Friedensordnung

In jüngerer Zeit ist für EU und NATO eine gravierende neue Herausforderung von historischer Dimension entstanden durch die im Vergleich zur Intervention in Georgien noch brutalere Durchsetzung neoimperialer russischer Machtinteressen in der Ukraine. Russland und der Westen haben die Unverletzbarkeit europäischer Grenzen in der Helsinki-Akte und ausdrücklich bezogen auf die ukrainischen Grenzen in dem Budapester Memorandum von 1994 garantiert. Im Gegenzug verzichtete die Ukraine auf die auf ihrem Territorium lagernden Atomwaffen. Heute zeigen die Annexion der Krim wie die Invasion des Donezbeckens, dass weder die Prinzipien der Souveränität und territorialen Integrität noch das Völkervertragsrecht Putin bremsen und wie riskant ein Verzicht auf Atomwaffen sein kann.

Der Ex-KGB-Agent Putin und seine Unterstützer wollen die russische Nation erneuern auf der Grundlage von Nationalismus und Orthodoxie. Sie sind entschlossen, in Osteuropa die Länder der ehemaligen Sowjetunion zu dominieren und haben dazu die Eurasische Union geschaffen. Dazu benötigen sie eine geschwächte EU und ein Russland auf Augenhöhe mit den USA.

Als Folge der Aufkündigung der europäischen Friedensordnung durch Russland ist die Geschichte zurückgekehrt und mit ihr die Geopolitik nebst Begriffen wie beispielsweise vom Gleichgewicht der Kräfte, von Einflusssphären der Großmächte und von Abschreckung. Das

letzte Jahrhundert hat uns gelehrt, dass Beschwichtigungspolitik kriegsgerische Abenteurer animiert. Daher brauchen wir eine Doppelstrategie der glaubhaften Abschreckung und Eindämmung verbunden mit Verhandlungsbereitschaft. Um nicht in einen großen Krieg „zu schlittern“, muss gegenüber Putin der Preis für weitere Aggressionen erhöht werden.

Putin hat mit der Zersplitterung und Destabilisierung der Ukraine erreicht, dass Wunschdenken durch Realpolitik zu ersetzen ist. Wir erleben eine Zeitenwende. Putin macht aus der Ukraine eine von Russland abhängige Pufferzone. Sie soll sich nicht wie Polen oder die baltischen Republiken als Kontrastprogramm zu Russlands rückständigem System entwickeln. Die Wiederherstellung der Größe Russlands steht über dem Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes. Dem steht die Minsk II –Vereinbarung nicht entgegen. De facto schafft sie einen dem Druck- und Interventionspotential Moskaus ausgesetzten neuen „eingefrorenen Konflikt“.

Standfestigkeit gegenüber Russland

Ohne starken Gegendruck wird es keinen dauerhaften Ausgleich mit Putin geben. Gegen Russlands Unterminierung der europäischen Friedensordnung helfen keine Beschwichtigungen sondern auf der Einheit des Westens beruhende Wirtschaftssanktionen, notfalls auch das völlige Abschneiden Russlands vom internationalen Zahlungsverkehr, ferner militärische Abschreckung einschließlich erhöhter Militärbudgets und der Stationierung von NATO- Truppen in Stützpunkten an der östlichen NATO-Peripherie – alles verbunden mit Verhandlungs- und Entspannungsbereitschaft ähnlich dem Harmel-Bericht und der doppelten Nulllösung bei Mittelstreckenraketen. Sanktionen sind bis zur Umsetzung von Minsk II aufrecht zu erhalten.

Der Westen kann sich die Ukraine als einen „gescheiterten Staat“ auch wegen der dann zu erwartenden destabilisierenden Auswirkungen auf mittel- und osteuropäische EU- und NATO-Mitglieder nicht leisten und muss die Ukraine soweit nur möglich wirtschaftlich wie auf ihrem europäischen Weg unterstützen. Dabei ist einzukalkulieren, dass Putin die Restukraine scheitern lassen will und gemäß den in Georgien wie auf der Krim und im Donezbecken erprobten Methoden mittels „hybrider“ Kriegsführung auch in Moldawien oder sogar in Estland und Lettland über deren russische Minderheiten intervenieren kann. Das westliche Credo, dass es für die Ukraine „keine militärische Lösung gibt“, hat Putin eiskalt ausgenutzt. Für seine Lageeinschätzung war das amerikanische Desinteresse an Europa entscheidend. In Minsk fehlten Washington, Brüssel und Warschau. Putin aber misst sich vor allem an Washington. Neben mehr Europa und mehr europäischer Diplomatie brauchen wir daher dringend wieder ein stärkeres amerikanisches Engagement in Europa.

Die nationalistische Machtpolitik eines zur Modernisierung unfähigen und extrem unattraktiven, sich vom Westen in Selbstisolierung abwendenden Russlands macht aus der Ukraine ein von Moskau abhängiges zersplittertes Niemandsland und das um seine europäische Identität ringende ukrainische Volk zum Opfer. Dem Putinschen Gegenprojekt einer auf Staatswirtschaft und Protektionismus ausgerichteten Eurasischen Zollunion fehlt trotz Gas, Öl und Wanderarbeiterjobs die Anziehungskraft. Es beruht auf Moskaus Dominanzstreben.

Verlässlichkeit und Bündnisfähigkeit

Die EU wird heute zusätzlich bedroht vom südlichen und östlichen Mittelmeer her, von Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten, von islamistischem Terror und illegalen Flüchtlingsströmen. Diese Herausforderungen erzwingen die Übernahme von mehr internationaler Verantwortung durch Deutschland. Deswegen führen unsere Befindlichkeiten, die sich in den Debatten um jedes militärische Engagement, um Finanzierung und Ausrüstung der Bundeswehr, um Waffenlieferungen sowie die extensive Anwendung des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr entfalten, bei unseren Partnern zu Fragen nach Deutschlands Verlässlichkeit und Bündnisfähigkeit.

Als EU haben wir gemeinsam und kohärent zu handeln auf der Basis qualifizierter Mehrheitsentscheidungen und gegebenenfalls einer differenzierten Integration mit Hilfe des Instruments einer „Verstärkten Zusammenarbeit“ zwischen einer Gruppe von Mitgliedstaaten, die zum Voranschreiten bereit sind. In der Außen- und Sicherheitspolitik gilt vornehmlich das Einstimmigkeitsprinzip, jedoch auch die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“, die mit Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit im Europäischen Rat das Voranschreiten von Mitgliedstaaten ermöglicht. Auch haben gemäß Artikel 4 EU-Vertrag Mitgliedstaaten jede Handlung zu unterlassen, „die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte“.

Zur Bewältigung der auf nationaler Ebene nicht mehr lösbaren transnationalen Herausforderungen sowie zur Kostenersparnis durch „pooling & sharing“ benötigen wir europäische Kapazitäten, im Verteidigungsbereich komplementär zur NATO und auf die schrittweise Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion ausgerichtet. Das europäische Projekt bedarf auch insofern der weiteren Vertiefung.

Die Finanzkrise hat die Bereitschaft in den Mitgliedstaaten zu weiteren EU-Beitritten erlahmen lassen. Dabei steht die EU gegenüber den Kandidaten des westlichen Balkans im Wort. Diese bemühen sich in schwierigen Prozessen um ihren Vollbeitritt. Statt sie zu ermutigen wird erklärt, dass für die nächsten fünf Jahre keine Beitritte zu erwarten seien. Damit redet man Destabilisierung herbei. Schon zeichnet sich ein wachsender russischer Einfluss in der Region ab.

Revitalisierung der transatlantischen Partnerschaft

Der Türkei haben wir die EU-Vollmitgliedschaft verwehrt. Jetzt verweigert sie uns ihre Mitarbeit bei den Sanktionen gegen Russland, betreibt eine russisch-türkische Energieunion mit einer die Ukraine umgehenden Pipeline und zeigt anti-westliches Verhalten beim Umgang mit „Islamischem Staat“, Syrien, Irak und Israel. Die Türkei droht uns zu entgleiten. Dafür dürfen wir uns nun in der Region militärisch engagieren. Wir müssen diesen unverzichtbaren Partner ernster nehmen.

Was die Ukraine betrifft, so werden bis zur Verwirklichung ihrer EU-Assoziierung Jahre ins Land gehen. Die Frage einer späteren EU-Vollmitgliedschaft sollte entsprechend dem allen europäischen Staaten geltenden Angebot des EU-Vertrages offen gelassen werden, möglichst auch die komplexere einer NATO-Mitgliedschaft. Sollte der Westen die Ukraine letztlich ihrem Schicksal überlassen, würde dies zugleich zu einer Destabilisierung der östlich von uns gelegenen EU- und NATO-Staaten führen. Polen, Balten, Rumänen, Bulgaren und andere sind für uns ähnlich wichtig geworden wie Frankreich, die Benelux-Staaten und Italien. Zugleich hat sich das Verhältnis zu Russland durch Unterminierung des Vertrauens grundlegend verändert.

In der unmittelbaren Nachbarschaft der EU gibt es einen Spannungsbogen, der von der Ukraine über den Kaukasus, den Mittleren und Nahen Osten bis nach Nordafrika reicht. Demgegenüber erfüllt die EU als „Anker der Stabilität“ unseres Kontinents eine unersetzbare Aufgabe. Transnationale Herausforderungen überfordern den auf sich selbst gestellten europäischen Nationalstaat. Global gesehen sind auch die USA in ihrer Rolle als internationale Ordnungsmacht überfordert. Ohne Einheit Europas und eine revitalisierte transatlantische Partnerschaft werden wir unsere gemeinsamen Interessen nicht hinreichend wahren und den Niedergang Europas wie letztlich auch des Westens nicht aufhalten können.

Dr. Dietrich von Kyaw trat 1964 in den Auswärtigen Dienst ein. Nach Stationen am Generalkonsulat in Los Angeles und den Botschaften in Brazzaville (Kongo) und Bangui (Zentralafrikanische Republik), an der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York und an der Botschaft in Washington D.C. diente er in den Jahren 1993 bis 1999 als Ständiger Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union.

Der Beitrag wurde im Mai 2015 in den *dbb europathemen aktuell* erstveröffentlicht.